

Dr. Valerie Wilms
Ehem. Mitglied des Deutschen Bundestags

Leserbrief zu den Artikeln im Pinneberger Tageblatt vom 18.06.2018 : „Von Abercron stimmt gegen eigene Partei“ und vom 20.06.2018: „Schleswig-Holsteins CDU-Rebell“

Sehr geehrter Herr von Abercron,

so ein Schritt ist nicht einfach, denn damit schafft man sich keine Freunde sondern stellt sich in dieser Frage außerhalb der Gemeinschaft, die einen politisch trägt. Dazu gehört nicht nur Mut sondern auch die Bereitschaft, sich mit dem Thema intensiv auseinanderzusetzen, um sich eine Position zu erarbeiten. Denn der Druck, der auf einen einprasselt, ist massiv: da kommen Anrufe und Nachrichten von „Parteifreunden“, die daran erinnern, dass die Partei die Mandatsaufstellung vornimmt. Im Plenarsaal wird man zumindest komisch angeschaut, wenn man die Abstimmungskarte mit der „falschen“ Farbe in die Urne werfen will.

An meine erste derartige Entscheidung kann ich mich noch gut erinnern. Es war ca. ein Jahr nach meiner ersten Wahl in den Bundestag. Es ging um das erste Paket zur Griechenlandhilfe. Grundsätzlich ist immer meine Position gewesen, in einer europäischen Union auch füreinander einzustehen. Darum wäre eine Zustimmung auf den ersten Blick sinnvoll gewesen. Auf den zweiten Blick zeigte sich aber die ganze Problematik des parlamentarischen Prozesses: die Koalition und jede der drei Oppositionsfractionen hatten eigenständige Entschließungsanträge eingebracht, die sich nur in Nuancen unterschieden. Vor allem zwischen der damaligen schwarz-gelben Regierungskoalition, der SPD-Opposition und meiner grünen Oppositionsfraction gab es zumindest vier gemeinsame Punkte. Anstatt nun diese in einem gemeinsamen mit großer Mehrheit getragenen Papier zusammenzufassen wurden alle Fraktionspapiere einzeln zur Abstimmung gestellt, mit den entsprechenden knappen Ergebnissen.

Trotz intensiver Gespräche mit der Fraktionsführung war diese nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen bereit. Dies konnte ich mit meinem Verständnis über die Aufgaben der Politik im Bundestag nicht vereinbaren. Denn als Abgeordnete habe ich nach dem Grundgesetz eine Verantwortung für das ganze deutsche Volk. Nur mit einer breiten Mehrheit im Bundestag kann der Gesellschaft deutlich gemacht werden, dass die Position auch bei anderen Regierungsmehrheiten nicht mehr umgestoßen wird. Der Gang zur Abstimmurne brachte mich in eine schwere emotionale Bedrängnis. Letztendlich habe ich durch meine von der Fraktionsposition abweichende Enthaltung deutlich gemacht, dass solches Beharren auf Fraktionspositionen nicht mit der Verantwortung der Abgeordneten vereinbar ist.

Gleich am folgenden Wochenende war Landesparteitag und mir wurde in der Partei angedroht, mich dort zu meiner abweichenden Entscheidung zur Rechenschaft zu ziehen. Meine klare Schilderung der Vorgehensweise im Bundestag sorgte für Überraschung bei den Parteimitgliedern und für Respekt und Unterstützung meiner Entscheidung. Denn nur so kann die Politik einen Weg finden, um aus der Falle der Parteienverdrossenheit herauszukommen.

In diesem Sinne wünsche ich mir Politiker, die sich für die Gesellschaft einsetzen und nicht nur Parteisoldaten sind.

Dr. Valerie Wilms